Lohnraub am laufenden Band

Massenhafte Tarifkündigungen durch die Unternehmer

Dresden, den 1. Oktober.

Die Kapitalisten haben in ihrem Programm die Aufhebung der Tarifverträge gefordert und setzten sofort mit einer Kündigungsoffensive gegen die Arbeiter und Angestellten ein. So sind gestern gekündigt worden, das Gehaltsabkommen der Metallangestellten in Leipzig zum 31. Oktober, die Manteltarifverträge für die kaufmännischen und technischen Angestellten in der sächsischen Textilindustrie zum 31. Dezember. Der Bezirksrahmentarif mit der Lehrlingsordnung und dem Schieds- und Schlichtungsvertrag in der Oberlausitzer Hartsteinindustrie; der Manteltarif **für die Brauereiangestellten** in Dresden zum 31. Oktober.

Der Lohntarif für die **Berliner Metallarbeiter, im bergischen Industriebezirk u. d. Aachener Metallindustrie zum 31. Oktober** der Lohntarif in der **niederschlesischen Metallindustrie zum 31. Oktober** und jetzt der Manteltarif zum 31. Dezember gekündigt. **Den Breslauer Angestelltenorganisationen** ist der Tarifvertrag zum 31. Oktober gekündigt worden, ebenso der Gehaltstarif für die Angestellten im Ortsbereich **Frankfurt am Main.**

Die Bergwerksbesitzer haben den Lohntarif für den **Waldenburger und Neuroder Steinkohlenbergbau und die Gehaltsstaffel der Angestellten** zum 31. Oktober gekündigt.

Ein ungeheurer Empörungssturm geht durch die werktätigen Massen, **die erkennen, daß sie die Kosten der verbrecherischen Politik des bankrotten Kapitalismus tragen sollen. Die Arbeiter und Angestellten aber werden in geschlossener Front unter Führung der RGO den Lohnräubern entgegentreten.** Dieser brutalen Unternehmeroffensive wird nur durch eine kühne, kampfentschlossene Gegenoffensive aller Arbeiter und Angestellten begegnet werden können. Schon jetzt zu dem ungeheuren Lohnraubdiktat im Ruhrbergbau zeigen die Reformisten, wieder um ihre konterrevolutionäre Fratze, wenn die Dresdner Volkszeitung mitteilt, daß die reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer „die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich" fordern und somit beweisen, daß sie für noch weitere Herabsetzung der Hungerlöhne eintreten. **Rüstet durch Massenwerbung für die RGO und KPD durch Wahl von vorbereitenden Kampfausschüssen in allen Betrieben und Büros zum Gegenangriff gegen das Lohnräuberpack.**

Streiksturm in Sachsen bricht los

Textilstreik in Gelenau

Gelenau, 1. Oktober.

Die Arbeiter der hiesigen Firma Vollmar Hoffmann, Strumpffabrik, sind in den Streik getreten. Der Unternehmer wollte einen Lohnabbau von 20 Prozent durchführen. Die Arbeiter lehnten dieses unverschämte Ansinnen jedoch ab und traten, da der Unternehmer auf seine Forderung bestand, sofort in den Streik.

Die Belegschaft ist 120 Mann stark. Unter dem Druck dieser war der Textilarbeiterverband gezwungen, den Streik zu sanktionieren, wenn er nicht jeden Einfluß verlieren wollte. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß, getreu der Politik des „kleineren Uebels", die Bonzen nach Verhandlungen mit dem Unternehmer einem etwas geringeren Prozentsatz Lohnabbau zustimmen werden.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft von Gelenau stellt unter Führung der Kommunisten, gemeinsam mit der streikenden Belegschaft, Massenstreikposten. Gestern früh versuchten einige Streikbrecher in den Betrieb zu gelangen, die energische Front der Streikposten konnte dies jedoch verhindern.

Die Meister und Angestellten konnten nur unter starker Bedeckung der Gendarmerie in den Betrieb gebracht werden.

Die RGO macht die Streikenden darauf aufmerksam, der Verbandsbürokratie nicht zu trauen, da der Verrat in Kürze bestimmt zu erwarten ist.

Die mutige Kampfansage der Hoffmann-Textiler ist ein leuchtendes Fanal für die gesamte sächsische Arbeiterschaft, die sich in ihren entscheidenden Teilen im Lohnkampf befindet. Nur so wie in Gelenau ist der Angriff der Unternehmer zurückzuschlagen. Nur mit der Waffe des unerbittlichsten Streikes kann die Arbeiterschaft das Hungerprogramm der Ausbeuter und ihrer Lakaien zunichte machen. Von den Hoffmann-Textilern sollen nicht nur alle Textilarbeiter lernen, sondern die gesamte Arbeiterschaft. Die Bergarbeiter und Schokoladenarbeiter vor allem. Hinweg mit allen Defensivstimmungen! Mut und nochmals Mut! **Die Sachsenproleten haben nichts zu verlieren,** denn ihre Not ist ins Unermeßliche gewachsen. **Den kämpfenden Gelenauern alle Unterstützung! Setzt sofort ein mit der Solidaritätsaktion! Die beste Unterstützung ist jedoch die Streikrüstung in allen Betrieben!**

Lohnabbau in den Berliner Elektrizitätswerken

Die Direktion der Berliner Elektrizitätswerke, ein sogenannter gemischtwirtschaftlicher Betrieb, fordert die Durchführung eines neuen Lohnabbaues. Es haben bereits Verhandlungen mit der Gewerkschaftsbürokratie begonnen. Es wird noch darum geschachert, ob die Stundenlöhne um 5 Pfennig abgebaut werden sollen, oder um 4½ Pfennig bei gleichzeitigem Wegfall der Frauenzulage.

Als den Gemeindearbeitern der Lohn abgebaut wurde, erklärte die RGO sofort, daß der Angriff auf die Löhne der Arbeiter der gemischtwirtschaftlichen Betriebe folgen werde.

Darum gemeinsame Front zur Abwehr des Lohnabbaues!

Der Pleitegeier

1064 Konkurse und 612 Vergleichsverfahren zählt die Statistik für August 1931. Im August des Vorjahres, auch schon Krisenjahr, waren es 810 bzw. 606.

In der Landwirtschaft entwickelten sich Konkurse und Vergleichsverfahren wie folgt:

	Konkurse	Vergleichsverfahren
August 1930	28	7
Juli 1931	30	8
August 1931	52	18

Vor allem fällt die sprunghafte Zunahme der landwirtschaftlichen Konkurse und Vergleichsverfahren von Juli auf August d. J. ins Auge. Gerade mit Beginn der Ernte kommt der Pleitegeier.

Arbeitsbauern! Verteidigt Haus und Hof! Finanzkapital und Großgrundbesitz fressen euch auf! Schluß mit den Zwangsversteigerungen! Bündnis mit den Arbeitern und Arbeitslosen für Brot, Arbeit, Boden!

Kommunisten fordern Auflösung des sächs. Landtages

Dresden, 1. Oktober 1931

Im Auftrage der Kommunistischen Partei hat die kommunistische Fraktion des Landtages gestern nachstehenden Antrag eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag löst sich auf.

Dresden, den 30. September 1931.

Renner

u. die übr. Mitglieder der kommun. Landtagsfr.

Die Forderung der Kommunistischen Partei auf sofortige Auflösung des sächsischen Landtages muß der Auftakt sein zum verschärften außerparlamentarischen Kampf der sächsischen Werktätigen in Stadt und Land für das rote Selbsthilfeprogramm, für die Beseitigung der faschistischen Notverordnungen, für den Sturz der Schiedkregierung.

Elbe-Werk-Proleten für das rote Selbsthilfeprogramm der KPD

Die Belegschaftsversammlung der Elbe-Werke faßte folgende Entschließung:

„Die am 29. September 1931 stattgefundene Betriebsversammlung der Firma Elbe-Werke, Dresden-Reick, begrüßt das rote Selbsthilfeprogramm der KPD und gelobt, sich an allen Fronten des Klassenkampfes dafür einzusetzen. Wir protestieren auf das schärfste gegen die Maßregelung der drei roten Betriebsräte der Dresdner Straßenbahn und die Einkerkerung des Betriebsratsmitgliedes Paul Gruner, sowie die Verbote der kommunistischen Tageszeitungen. Mit der KPD für Arbeit! Brot! Freiheit!

Nicht Hungerwinter, sondern Kampfwinter."

Konflikt in der SPD breitet sich aus

Ortsvorstand Breslau abgesetzt

Die vom Parteivorstand ausgeschlossenen Seydewitz und Rosenfeld haben für den 4. Oktober in Berlin eine Reichskonferenz einberufen. Jetzt gibt der Parteivorstand bekannt, daß die Teilnahme an dieser Konferenz mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei unvereinbar sei. **Alle Teilnehmer an der Seydewitz-Konferenz sollen also aus der SPD ausgeschlossen werden.**

Die Breslauer SPD-Mitgliedschaft hat sich in ihrer Mehrheit gegen den Parteivorstand erklärt. Daraufhin hat der Bezirksvorstand Schlesien den Vorstand des Breslauer Ortsvereins und den Parteisekretär Rausch ihrer Funktionen enthoben.

Rotes Oktoberaufgebot für unsere Presse!

Heraus zum Großwerbetag am Sonntag dem 4. Oktober

Unsere Partei befindet sich in einem unaufhaltsamen Vormarsch. Der Wahlerfolg in Hamburg zeigt deutlich, wie neue Massen der Werktätigen in die Rote Klassenfront einschwenken, ihr Vertrauen zur einzigen, wirklichen Arbeiterpartei, der KPD, bekunden.

Durch unerhörte verleumderische Hetze, mit einem Feldzug der Unterdrückung unserer Presse, mit einer Reihe von sonstigen Unterdrückungsmaßnahmen versucht die Bourgeoisie den Vormarsch der Arbeiterklasse aufzuhalten. Da gilt es in systematischer planmäßiger Werbearbeit die Gegenoffensive zu ergreifen, neue Kämpfer für die Partei und Leser für die kommunistische Presse zu gewinnen.

In offener, bolschewistischer Selbstkritik muß gesagt werden, daß bisher nicht genug auf diesem Gebiet getan wurde. Eine Anzahl Zellen aus Dresden so auch Ortsgruppen aus dem UB zeigen uns an praktischen Beispielen wie geworben und agitiert werden muß.

Zum Großwerbetag am 4. Oktober, zur Erfüllung unseres Werbeplanes für das Winterhalbjahr, müssen alle Kräfte, der letzte Genosse, mobilisiert werden.

Was ist zu tun, wenn eine gute und erfolgreiche Werbung durchzuführen.

Alle Veranstaltungen in den Zellen, Stadtteilen und Ortsgruppen müssen am Sonntag morgen ausfallen. Nur die Werbung wird durchgeführt. Die Werbung erstreckt sich auf die Partei, Tagespresse, Wochenzeitung und Massenorganisationen. Die Werbung beginnt morgens um 9 Uhr und ist um 12 Uhr beendigt.

In den Betriebs- und Straßenzellen wird am Zellentag neben der übrigen Tagesordnung die Werbung am Großwerbetag behandelt.

Dort, in diesen Zellenversammlungen wird der Stellplatz für die Zelle zum Sonntag festgelegt. Die Stellplätze und die Straßen wo geworben wird sind der Stadtteil- und Ortsleitung zu melden, die ihrerseits ihre zentralen Werbelokale der UBL melden. Bis spätestens Sonnabend morgen müssen Ortsgruppen und Stadtteile der UBL die Werbelokale gemeldet haben.

Am Werbetag müssen die aktiven Genossen schon vor dem Treffen auf den Stellplätzen die säumigen Genossen aufsuchen, diese mitreißen, so daß die Zelle vollständig auf dem Platze ist.

Die Polleiter der Zellen teilen die Genossen ein, rüsten die Genossen mit Material, Aufnahmescheinen, Literatur usw. aus und geben den schon erfahreneren Genossen schwächere Genossen mit, damit diese ebenfalls das Werben und Agitieren lernen.

Die Massenorganisationen sind verpflichtet, ihre Mitgliedschaft ebenfalls zu mobilisieren damit die Werbung auf breitester Basis durchgeführt wird.

Nach Abschluß der Werbung müssen die Zellen ihren Stadtteilen sofort das Ergebnis melden und bis spätestens 2 Uhr mittags haben die Stadtteilleitungen auf dem UB-Büro das Gesamtergebnis zu melden. Die Ortsgruppen im UB müssen Sonntag noch einen schriftlichen Bericht an die UB-Leitung absenden, so daß am Montag früh eine Uebersicht über den gesamten UB vorhanden ist.

Genossen! Alle Kräfte mobilisiert zur Werbung!

Hamburger Arbeiter von Nazi erschossen

In der Nacht vom 26. September wurde in Hamburg ein Arbeiter mit einer schweren Schußwunde im Kopf aufgefunden. Der Täter ist jetzt in der Person eines 22jährigen Nationalsozialisten P. ermittelt und festgenommen worden. Mit ihm wurde ein anderer Nazi festgenommen, der an der Tat beteiligt war.

Massenkampf gegen den Plan der Standgerichte!

Kampf um die Amnestie der proletarischen politischen Gefangenen

Aus den Kreisen der Roten Hilfe wird uns zu den geplanten Sondergerichten geschrieben:

Die Sondergerichte sollen als Gerichte der Länder gebildet werden, wobei es den Landesjustizverwaltungen überlassen bleiben soll, mehrere Landesgerichtsbezirke zu einem Sondergerichtsbezirk zusammenzulegen. Die Zuständigkeit der Sondergerichte soll sich nicht nur erstrecken auf Raub, Brandstiftung, Eisenbahntransportgefährdung sowie Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz, sondern vor allem noch auf

Widerstand gegen die Staatsgewalt, Störung der „öffentlichen Ordnung", Aufruhr, Auflauf, Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch, Aufreizung zum Klassenhaß, Aufforderung zur strafbaren Handlung und zur Auflehnung gegen die Gesetze, Vergehen gegen das Schußwaffengesetz und schließlich auch eine Reihe von Vergehen gegen die Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931.

Für die Praxis der Sondergerichte sind eine Reihe unerhörter Bestimmungen ausgearbeitet worden, die beweisen, daß man es tatsächlich mit Ausnahmegerichten zu tun hat. So findet, wie die Frankfurter Zeitung zu berichten weiß, eine mündliche Verhandlung über den Haftbefehl nicht statt. Ein Beschluß über die Eröffnung des Hauptverfahrens wird nicht erlassen. Die Ladungsfrist kann auf 24 Stunden herabgesetzt werden. Der Vorsitzende ordnet die Hauptverhandlung an nach dem Eingang der Anklageschrift. **Die Beweiserhebung kann das Sondergericht ablehnen, wenn es die Ueberzeugung gewonnen hat, daß sie für die Aufklärung der Sache nicht erforderlich ist** (wann wird es nicht diese Ueberzeugung haben?).

Die Stellung einer Verteidigung muß dem Angeklagten nur ermöglicht werden, wenn er taub oder stumm ist (!!) Das kennzeichnendste für den Charakter der Sondergerichte ist, daß es gegen ihre Entscheidung keine Berufung gibt.

Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, gegen die Einsetzung der Sondergerichte den schärfsten Kampf zu führen. Er muß verbunden werden mit dem Kampf um die Freilassung der 6000 politischen Gefangenen, um die Freilassung aller revolutionären Arbeiter und Bauern, aller Opfer der Not und des Paragraphen 218. In breitester Front muß mit der Roten Hilfe der Kampf um die Vollamnestie aufgenommen werden.

Schulstreik in Berlin

Nachdem bereits über 1200 Kinder im Streik standen, sind am 30. September weitere zwei Schulen mit über 700 Kindern in den Schulstreik getreten, so daß jetzt in Berlin etwa 2000 Kinder vom Streik erfaßt sind.

Die neu in den Streik getretenen Schulen sind die 1. und 45. Gemeindeschule am Koppenplatz. Am 1. Oktober beginnen in Berlin Herbstferien. Die Eltern der streikenden Kinder sind, wie wir informiert werden, fest entschlossen, den Schulstreik nach den Herbstferien, also am 13. Oktober verstärkt fortzuführen. An den Schulen werden überall gemeinsam von Eltern und Lehrern Kampfausschüsse gebildet die die Organisierung des Streiks durchführen.

Macdonald und seine Kumpane ausgeschlossen

Berlin, 1. Oktober 1931 (Eig. Meldung)

Macdonald und alle seine Anhänger sind aus der Labour-Party ausgeschlossen worden. Der Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei hat nach einer Meldung des „Daily Herald" eine Entschließung angenommen, nach der alle Mitglieder der nationalen Regierung und deren Anhänger in beiden Parlamenten sich automatisch aus der Arbeiterpartei ausschließen.